

FORUM: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Karl Georg Zinn: Globalisierungslehre ist Mythenbildung

Prof. Dr. Karl Georg Zinn, geb. 1939 in Kassel, Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Freiburg und Mainz, lehrt Volkswirtschaftslehre/ Außenwirtschaft an der Technischen Hochschule Aachen.

Die Formulierung der Fragestellungen gibt sich pragmatisch, aber sie transportiert Begriffe und weckt Assoziationen, die eine Antwort erfordern, die auf die wirklichen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit eingeht und die politische Instrumentalisierung der Krise zugunsten der Restauration des vor-sozialstaatlichen Kapitalismus nicht ausblendet. Die geläufigen Schlagworte Globalisierung, Innovationsschwäche, Standortnachteile, Modernisierungs- und Wachstumsinitiative und dergleichen verweisen auf Symptome, nicht auf die Wesensmerkmale der Gesellschaftskrise. Seit fast zwei Jahrzehnten laborieren die Wirtschaftspolitiker an der Krise, und es gelingt ihnen bestenfalls, die Symptome zu verdecken. Beispielsweise indem Arbeitslosenstatistiken manipuliert werden oder die Zunahme prekärer Beschäftigung als Erfolg verkauft wird. Doch nirgends wird das Übel an der Wurzel gepackt, und das hat einen verständlichen Grund: Die wahren Ursachen der sich nunmehr seit fast zwanzig Jahren steigernden Krise liegen in systembedingten Funktionsmängeln, und damit wird das kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner bestehenden Struktur in Frage gestellt. Das ist eine Tabufrage - nicht nur für das politische Establishment, sondern auch für die Mehrheit, die von der Arbeitslosigkeit nicht direkt betroffen ist.

Überakkumulation, relative Sättigung bei kaufkraftstarken Schichten und fortschreitende Ausdünnung der Massenkaukraft vergrößern die Kluft zwischen Produktionsmöglichkeiten (bei Vollbeschäftigung) und effektiver Nachfrage. Aus dieser Diskrepanz erklärt sich die Wachstumsschwäche, in deren Folge mehr Arbeitsplätze vernichtet werden, als an anderen Stellen neue entstehen. Es mögen in einzelnen Ländern und zu verschiedenen Zeiten weitere krisenverschärfende Faktoren hinzutreten, wie auch gelegentlich krisenmildernde Effekte - etwa infolge von Produktinnovationen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder durch die Wirkung der eingebauten Stabilisatoren der Sozialversicherungssysteme - zu registrieren sind, aber eine Lungenentzündung läßt sich nicht mit einem Hustensäftchen heilen. Die Massenarbeitslosigkeit ist weder ein Betriebsunfall noch wird sie sich dem guten Willen des Ärmelhochkrepelns und den treuherzigen Appellen zu „gemeinsamer Anstrengung“ fügen. Der zwanzigjährige Trend steigender Arbeitslosigkeit spricht der markigen „Hier-und-heute-Rhetorik“, die ohnehin nicht mehr taufrisch glänzt, doch nur Hohn. Es bedarf weitaus ausdauernder Anstrengungen, und ihr Erfolg hängt nicht zuletzt von radikaler Aufklärung und Ideologiekritik ab.

Um auf die drei Fragen bei recht begrenztem Umfang zu antworten, gibt es wohl nur zwei Möglichkeiten: entweder einige oberflächliche Bemerkungen zu jedem Aspekt oder die etwas tiefergehende Diskussion eines exemplarisch ausgewählten Problems. Hier wird die zweite Möglichkeit gewählt.

Globalisierungsideologie

Als ein zentrales Beispiel ideologischer Realitätsdeutung sei hier das Schlagwort „Globalisierung“ erörtert. Soweit es sich um internationale Konkurrenz, Außen-

handelsabhängigkeit der Volkswirtschaften, grenzüberschreitende Kapitalverflechtungen, Dominanz von transnationalen Unternehmen und dergleichen Erscheinungen handelt, ist nichts prinzipiell Neues festzustellen, sondern alle diese Entwicklungen liegen auf der Linie der seit Jahrzehnten fortschreitenden Internationalisierung. Auch das gegenwärtige Ausmaß jener Einzelercheinungen, die unter der Bezeichnung internationale Wirtschaftsbeziehungen zusammengefaßt werden, überschreitet keine „kritische Schwelle“, was sozusagen ein Umschlagen der Quantität in Qualität vermuten lassen könnte. Wenn denn die „Globalisierung“ eine neue Qualität weltwirtschaftlicher Zusammenhänge darstellt, wie seit einigen Jahren behauptet wird, so sind primär gar nicht die Fakten, sondern ist die ideologisch beeinflusste Wahrnehmung der Fakten das Besondere an der Sache. Dieser Wahrnehmungswandel wurde durch ein Trommelfeuer alarmistischer Botschaften über die immer härter werdende Weltmarktkonkurrenz, über die neuen Anbieter (Schwellenländer), die vermeintlich rasende Verlagerung von Produktionsstandorten etc. bewirkt. Es ist zwar richtig, daß sich die Konkurrenz verschärft hat und der Wachstumswettbewerb mehr und mehr zum Verdrängungswettbewerb ausartet, aber das ist Folge der Wachstumsabschwächung - nicht der Globalisierung. Die Globalisierung ist sozusagen nur eine besondere Form, in der sich die Krise darstellt. Auf stagnierenden oder gar schrumpfenden Märkten können einzelne Unternehmen nur noch durch Marktanteilsgewinne und/oder Fusionierung wachsen, und dabei gibt es Gewinner und Verlierer. Das gilt im nationalwirtschaftlichen wie im globalen Rahmen.

Infolge der Globalisierung wurden die Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik vermindert. Doch dabei handelt es sich nicht um einen zwangsläufigen Prozeß, sondern die Wirtschaftspolitik hat durch übermäßige Liberalisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen ihre Kompetenz Verluste selbst hervorgerufen. Statt der Wachstums- und Beschäftigungskrise mit dem einzigen wirksamen Instrumentarium zu begegnen, das kapitalistischen Ökonomien verfügbar ist, um Massenarbeitslosigkeit einzudämmen, nämlich den kreislauftheoretisch fundierten Staatsinterventionismus aufzuwerten, wird ausgerechnet diese Option verteuert. Mitten in der zweiten großen Wirtschaftskrise unseres Jahrhunderts ließen sich die Wirtschaftspolitiker auf das Experiment einer Überliberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein und hieften das Goldene Kalb des Manchesterkapitalismus, die Laissez-faire-Doktrin wieder aufs Podest. Wenn die Weltwirtschaft nach diesem Prinzip desorganisiert wird, geht selbstverständlich die wirtschaftspolitische Autonomie der einzelnen Volkswirtschaften verloren. Die Wirtschaftspolitik hat erst geschaffen, was nunmehr als Globalisierung gegen sie zurückschlägt. Die Überliberalisierung erzeugte erst die makroökonomisch unsinnige Standortkonkurrenz um niedrige Löhne und Absenkung der Sozialstandards, um die liebenswürdigsten Streicheleinheiten für das „scheue Reh“ (sprich: Kapital) und Steuerentlastungen für Besitzeinkommen, um Revision von Schutznormen (sprich: Verminderung der Regelungs dichte) und Ansiedlungssubventionen usw. usw. Freihandel ohne staatliche Ordnung bedeutet Rückkehr des Laissez-faire mit allen negativen Folgen, die schon einem Friedrich List Alpträume bereiteten und die der Ordoliberalismus von Wilhelm Röpke bis Walter Eucken meinte, endgültig verscheucht zu haben.

Die internationale Arbeitsteilung gilt eigentlich als Wohlstandsmotor, und auf dieser Sichtweise gründen ja auch das Freihandelsargument und die forcierte Außenwirtschaftsliberalisierung der jüngeren Vergangenheit. Globalisierung ist hingegen zu einem Angstwort aufgebaut worden und dient als ideologische Keule, um die arbeitende Bevölkerung zu disziplinieren und die auf die zivilgesellschaftliche Sozialstaats-

kultur angewiesenen Menschen zum stummen Verzichten zu motivieren. Der Wahrnehmungswechsel, die „Weltwirtschaft“ nicht mehr als Chance, sondern als Bedrohung zu erfahren, ist selbst ein Krisenphänomen. Erst infolge der weltweiten Wachstums- und Beschäftigungskrise mutierte der frühere Wachstumswettbewerb zur Verdrängungskonkurrenz.

Zumindest in der breiten Öffentlichkeit verbindet sich mit dem Schlagwort Globalisierung die Vorstellung einer unbeherrschbaren Schicksalsmacht, die alles hinwegfegt, was in Jahrzehnten politischen Kampfs um soziale Sicherheit. Massenwohlstand und arbeitsrechtliche Fortschritte erreicht wurde. Doch Globalisierung ist nichts weiter als die gegenwärtige Form, in der die Konkurrenz der hochentwickelten Volkswirtschaften untereinander abläuft. Denn der Weltmarkt, das sind die Industrieländer selbst. Fast 80 Prozent des Weltsozialprodukts gehören den reichen Volkswirtschaften.¹ Wenn auf die Industrieländer vier Fünftel der Weltwirtschaft entfallen, dann bedeuten Globalisierungskrise und „Globalisierungsfalle“ nichts weiter, als daß diese Länder in der Krise stecken und die Krisenursachen dort gesucht werden müssen. Die Dritte Welt befindet sich zum größeren Teil seit eh und je in äußerst kritischer Lage, ohne daß dies die Reichen sonderlich beunruhigte. Unruhe entstand eben erst, als in der wohlhabenden Welt selbst die zweite große Wirtschaftskrise unseres Jahrhunderts ausbrach. Die Alarmismus trommelnde Globalisierungsdebatte ist eine typische ideologische Verschleierung. Sie verschleiert die Tatsache, daß – wie gesagt – die Weltwirtschaft mit der Gruppe der Industrieländer praktisch identisch ist. Die Bedrohung ihres Wohlstandes und die Massenarbeitslosigkeit gehen also nicht von irgendeinem Jenseits aus, von einem unheimlichen Außenbereich, über den die Industrieländer keine Macht besäßen. Nein, der Krankheitsherd befindet sich in den Industrieländern selbst. Das wußten allerdings schon die Krisentheoretiker des vergangenen Jahrhunderts. Die Globalisierungslehre ist Mythenbildung, und jeder Mythos fordert gläubige Schicksalsergebenheit. Der Mensch verfällt dem primitiven Bewußtsein, sich als hilfloses Objekt überirdischer Mächte zu erfahren, die Opfer fordern, und das größte Opfer ist die Preisgabe der kritischen Vernunft.

Voraussetzungen für Vollbeschäftigungspolitik

Auch Beschäftigungspolitik ist nur eine Kunst des Möglichen. Doch was möglich ist, wird häufig ideologisch verdeckt. Es gilt, sich darüber Klarheit zu verschaffen, daß Massenarbeitslosigkeit keine Naturgegebenheit darstellt und keinem Naturgesetz geschuldet ist. Diese nur trivial scheinende Einsicht hat weitreichende Konsequenzen: Massenarbeitslosigkeit erweist sich als politisches Problem, und Vollbeschäftigung ist eine Machtfrage. Die Veränderungen der Wachstumsbedingungen hochentwickelter Volkswirtschaften waren vorhersehbar.² Der Rückgang der Wachstumsraten und das allmähliche Hinübergleiten in die Stagnation wurden genauso zuverlässig prognostiziert wie der langfristige Strukturwandel zwischen Industrie und Dienstleistungssektor.

1 „Die Welt ist heute stärker polarisiert, und die Kluft zwischen Armen und Reichen hat sich weiter vertieft. Von den 23 Billionen Dollar, auf die sich das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1993 belief, entfielen 18 Billionen auf die Industrieländer und nur 5 Billionen auf die Entwicklungsländer, obwohl dort fast 80 Prozent der Weltbevölkerung leben.“ Siehe Bericht über die menschliche Entwicklung 1996. hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Bonn 1996. S. 2.

2 In den siebziger Jahren wurde sowohl von kritischen Wirtschaftswissenschaftlern als auch von gewerkschaftlichen Positionen aus erkannt, daß ohne eine Ausweitung interventionistischer Beschäftigungspolitik der damals bereits sichtbare Trend steigender Arbeitslosigkeit anhalten würde. Diese Einschätzungen konnten sich auf theoretisch fundierte Entwicklungsprognosen stützen, die von John Maynard Keynes, Jean Fourastie und anderen bereits in den dreißiger und vierziger Jahren formuliert worden waren. Diese stagnationstheoretisch begründeten Vorhersagen zur langfristigen Wachstumsabschwächung reifer Volkswirtschaften sind von der realen Entwicklung in allen wesentlichen Aspekten bestätigt worden. Vgl. für eingehenderen Darstellung: Karl Georg Zinn. Die Wirtschaftskrise, Mannheim u. a. 1994.

Bei abnehmenden Wachstumsraten muß Vollbeschäftigungspolitik neu ausgerichtet werden. Die drei Hauptpunkte einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik sind: 1. eine Nachfragepolitik, und zwar zugunsten des notwendigen Bedarfs (auskömmlicher Lebensstandard aller: Umweltschutz; Ressourcenschonung; Entwicklung der armen Volkswirtschaften); 2. die kontinuierliche Umverteilung von Arbeit kombiniert mit einer differenzierenden Einkommensumverteilung; 3. eine internationale Koordination der Beschäftigungspolitik, um den standortpolitischen Wettlauf der Ökonomien um niedrigere Besitzeinkommensteuern, Absenkung der Sozialstandards. Druck auf die Löhne und damit Auszehrung der Massenkaufkraft schnellstens zu beenden. Wenn es nicht gelingt, wenigstens in der Europäischen Union zur Makropolitik zurückzukehren, die die Kreislaufzusammenhänge beachtet und den Investoren von der Nachfrageseite her Anreize schafft, statt auf volkswirtschaftliche Probleme mit einzelwirtschaftlichen Rezepten zu antworten, wird das europäische Einigungswerk letztlich scheitern. Denn Arbeitslosigkeit provoziert nicht nur den Polizeistaat, wie Ralf Dahrendorf in richtiger Einschätzung der politischen Folgen der Wirtschaftskrise konstatierte, sondern verzweifelte Massen reagieren nur noch emotional, und auf diesem Boden gedeihen Nationalismus und Feindbilder.

Politikdurchsetzung ist auf Macht angewiesen, und das gilt eben auch für Beschäftigungspolitik. Es sei daran erinnert, daß zum Ende der Weimarer Republik verschiedene Vorschläge für eine wirksame Beschäftigungspolitik vorlagen,³ daß aber die demokratischen Politiker und Parteien nicht bereit und einsichtig genug waren, den mit diesen beschäftigungspolitischen Konzepten notwendig verbundenen Staatsinterventionismus zu wagen. Der politische Erfolg der Nazis beruhte nicht zuletzt auf ihrer Einsicht in die Erfolgsaussichten unorthodoxer beschäftigungspolitischer Rezepte, die sie von Antifaschisten - darunter auch viele jüdische Autoren - übernommen hatten. Wenn der Verweis auf das deutsche Beispiel Störempfindungen hervorruft, so sei der Blick auf das „Schwedische Modell“ gelenkt, das von den schwedischen Sozialdemokraten von 1932 an mit beachtlichem beschäftigungspolitischen Erfolg praktiziert wurde.⁴

Umsetzung und Akteure

Der Kampf der Arbeiterbewegung für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit aller Menschen bedurfte der Solidarität, Ausdauer, Geduld und

3 Vgl. G. Bombach/H.-J. Ramser/M. Timmermann/W. Wittmann (Hrsg.). Der Keynesianismus. Bd. 11: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland. Dokumente und Kommentare, Berlin/Heidelberg/NewYork 1976.

4 Vgl. detaillierter Karl Georg Zinn, Politikversagen in der Krise. Die „Große Depression“ im Vergleich zur gegenwärtigen Wirtschaftslage, in: Sozialismus. 10/1996, S. 7-14.

ideologiekritischen Aufklärungsarbeit vieler Generationen. Erfolge verdankten sie dem langen historischen Atem der Bewegung. Erfolgreich war die Arbeiterbewegung als ihr eigener Akteur.

In der international verflochtenen Weltwirtschaft heißt Solidarität mehr denn je internationale Solidarität. Wenn es nicht gelingt, wenigstens im Rahmen der Europäischen Union gemeinsames gewerkschaftliches Handeln zu organisieren, wird die Machtpolitik des „Teile und herrsche“ die arbeitenden Menschen noch weiter in die Defensive drängen.

Was für die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegung gilt, trifft auch für die menschen- und arbeitsorientierten Parteien und politischen Strömungen zu: Überwindung der Zersplitterung in Einzelaktionen und Mobilisierung der gemeinsamen Kräfte. Warum hat es im geeinten Europa noch keine alle Länder übergreifende Massenproteste gegen die sozialschädliche Politik des konservativen Wirtschaftsliberalismus gegeben? Warum fehlt eine gemeinsame Zukunftsstrategie der Progressiven Europas? Warum wird die Sanktionsmacht des europäischen Gesamtarbeiters nicht koordiniert eingesetzt? - Diese Fragen müßten diskutiert werden - fortlaufend diskutiert werden, um Aufbruch zu erreichen und das Selbstbewußtsein derjenigen zu aktivieren, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren.

Wir Menschen lassen uns zwar von materiellen Dingen bewegen, aber Würde, Selbstachtung und Ehrgefühl sind weitaus stärkere Kräfte des Handelns, wenn sie verletzt werden, und sie werden mehr und mehr verletzt. Die Empörung gegen das wachsende soziale Unrecht, gegen den menschenverachtenden Zynismus der „besserverdienenden“ Akteure, gegen die laue Sprechblasenrhetorik der Hinhalter und gegen die Suggestionsformeln der Sachzwangexperten bedarf der Bündelung und Kanalisierung, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse wieder zum Besseren zu wenden. Denn die geschichtlichen Akteure menschlicher Verhältnisse sind die Menschen selbst.